



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Werther

Rede zum Haushalt 2023

Werther 22.12.2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen.

„Lassen Sie mich zunächst meinen Dank aussprechen an die Verwaltung und insbesondere an Herrn Demoliner, für die Aufstellung des – wieder einmal – herausfordernden Haushaltes.“ Das war der Beginn der Haushaltsrede vom letzten Jahr und ich könnte so weiter machen, tu ich natürlich nicht. Aber Scherz bei Seite: Viele Probleme, die ich schon im letzten Jahr angesprochen habe bestehen weiter fort, haben sich verstärkt und mit dem verbrecherischen und völkerrechtswidrigen Krieg, den Putin angezettelt hat, kam noch eine „Schippe“ oben drauf. Niemand von uns hat das für möglich gehalten. Die Folgen waren sehr schnell auch in den Kommunen sichtbar. Es hat nicht lange gedauert, bis die ersten Flüchtlinge auch in Werther ankamen. Wie schon 2015 haben wir schnell gehandelt und auch jüngst wieder – so manches mal auch mit Dringlichkeitsentscheidungen – dafür gesorgt, dass die Menschen ein Dach über dem Kopf haben. Macht uns das Probleme? Natürlich, aber was ist das schon, gegen das Leid, das die Menschen in der Ukraine erfahren? Unsere Eltern-, zumindest aber die Großelterngeneration kann sich das noch gut vorstellen, was es heißt, in einem vom Krieg zerstörten Land zu leben. Unsere ganze Solidarität gilt daher den Menschen in der Ukraine und den Menschen, die vor diesem Krieg zu uns geflohen sind.

Viel Energie war und ist in unserer Verwaltung notwendig, um all diese Aufgaben um Corona und die Kriegsauswirkungen zu meistern. Denn es geht ja nicht nur darum Menschen unter zu bringen. Menschen, die vor kriegerischen Auseinandersetzungen flüchten müssen, haben viele Fragen, sind teilweise traumatisiert und brauchen viel Unterstützung. Nicht immer kann dann eine Verwaltung weiter helfen. Gut, dass wir für diese Fälle die Beratung im Fam.o.S nun weiter unterstützen können.

Die Unterbrechung von weltweiten Lieferketten stellen uns vor große Probleme, sei es durch explodierende Energiekosten, nicht lieferbare Produkte in vielen Bereichen – nun sogar bei Arzneimitteln. Hinzu kommen enorme Baukostensteigerungen, die nicht selten zu Problemen bei Ausschreibungen führen, was den Fachbereich 4 gut beschäftigt hält. Zunehmend betrifft uns der Personalmangel auch in den Verwaltungen, vor allem im technischen Bereich. Dies wird uns in den kommenden Jahren, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, noch mehr beschäftigen.

Vor diesem Hintergrund sollte nun Herr Demoliner einen Haushalt aufstellen. Im vergangenen Jahr habe ich das Adjektiv „herausfordernd“ vor den Haushalt gestellt. Wie steigert man das? Woher das Geld nehmen, das notwendig ist, um „den Laden“ am laufen zu halten? Wohl wissend, dass die meisten Ausgaben eine rechtliche Grundlage haben und von uns nicht beeinflusst werden können. Hinzu kommen die Umlagen für den Kreis und darüber auch für den Landschaftsverband, die die Aufgaben übernehmen, für die unsere Kommune zu klein ist. Wir haben uns mehrheitlich dafür entschieden, die Hebesätze auf die vom Land vorgeschlagenen fiktiven Hebesätze anzupassen. Auf die Idee die Stadt arm zu machen indem man die Hebesätze nicht anpasst und so eventuell sogar zu riskieren, das die Stadt den Haushalt nicht genehmigt bekommt, kann auch nur die FDP kommen. Die negativen langfristigen Folgen wurden im Hauptausschuss am Dienstag schon von verschiedener Seite dargestellt, das muss ich hier nicht wiederholen. Die Kommunen stehen vor so vielen Herausforderungen, dass es einfach unverantwortlich wäre, unsere Stadt finanziell zu schwächen.

Deutschland hatte schon so manche Krise zu meistern und da die Kommunen am untersten Ende der „Nahrungskette“ stehen, sind vor allem die kleineren Kommunen besonders betroffen. Aber dennoch sind wir meist gestärkt aus den Krisen hervor gegangen, viel besser übrigens, als Länder, die einen stärker wirtschaftsliberalen Kurs gefahren haben. Wir taten gut daran, vor die Marktwirtschaft das Wörtchen „sozial“ zu schreiben. Wenn wir jetzt noch das Wort „ökologisch“ zwischen „sozial“ und Marktwirtschaft bringen, geht es in die richtige Richtung. Leider torpediert das der Lindnerverein nach Kräften. Vieles, was den Menschen gerade hier auf dem Land zugute käme, wird so zerredet und verwässert, oder gar blockiert. Der eine blockiert das Tempolimit, das ohne Kosten für den Staat große Energieeinsparungen im Energiebereich gebracht hätte, der andere wirft lieber mit Geld nach dem Gießkannenprinzip um sich, damit

auch ja das eigene Klientel profitiert, statt es zielgerichtet den Menschen zukommen zu lassen, die von hohen Mieten und hoher Inflation am stärksten betroffen sind. Und ausgerechnet in der Rede zum LWL-Haushalt kommt diese Woche von der FDP der Spruch, wir bräuchten neben der Schuldenbremse auch eine Sozialstaatsbremse. Das ist an Zynismus kaum zu überbieten. Doch genug von diesem Bremsklotz am Bein der Berliner Koalition. Es gibt wichtigere Themen.

Trotz der vorgenannten Probleme zeigt sich die Wirtschaft in Deutschland sehr robust, was sich auch auf die kommunalen Haushalte positiv ausgewirkt hat. Defizite sind somit geringer ausgefallen als zunächst befürchtet.

Kürzlich hatten wir die Pro Wirtschaft GT – unsere kreiseigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft - im Haupt- und Finanzausschuss. Frau Weber hat uns in ihrer Präsentation zum Strukturbericht die Probleme und Baustellen für die Unternehmen, aber aus unserer Sicht nicht nur für die, aufgezeigt. Energiepreiskrise, Inflation, steigende Zinsen, Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise, geopolitische Risiken, demografischer Wandel, Arbeitskräftemangel, Digitalisierung, und, und und. Lange Liste, viele Probleme und doch war das Fazit positiv. Der Kreis Gütersloh bietet einen guten Branchen- und Größenmix bei den Betrieben, mit vielen innovativen Betrieben. Genau diese Betriebe brauchen wir, denn jede Krise bietet auch eine Chance zur Veränderung. Von der Mobilität, über den Energiesektor, bis in den Baubereich gilt: Ein weiter so kann es nicht geben. Unsere Wirtschaft steht vor einem Wandel. Durch Corona und den Druck der hohen Energiekosten haben wir in einigen Bereich schon Veränderungen gesehen, die vor wenigen Jahren noch undenkbar waren. Im Bereich Photovoltaik – so führte Frau Weber aus – haben die Betriebe noch großes Potential und können dabei auf die Beratung durch unsere „proWi“ zählen. Home Office ist ebenfalls ein Ansatz, der nicht nur Energie spart, sondern Arbeit auch familienfreundlicher gestaltet und darüber hinaus flexibel nutzbare und daher kleinere Büros möglich macht. Das spart Kosten und überbauten Raum, womit ich beim Thema Bauen wäre.

Wir haben uns im Zuge der Regionalplanänderung intensiv mit dem Thema Bauleitplanung beschäftigt und gemeinsam mit der Verwaltung in einem ersten Workshop versucht, das weitere Vorgehen abzustimmen. Dabei traten deutliche Unterschiede bei den Fraktionen auf. Leider ist es nicht gelungen einen zweiten, dazu geplanten Workshop zeitnah nach dem ersten zu organisieren. Unterschiedliche Sichtweisen gibt es sowohl bei der Verortung von Flächen und deren Umfang, sowie in der Art der Bebauung. Im Gegensatz zu vielen anderen Branchen rechnen Fachleute mit einem deutlichen Einbruch im Baubereich. Die Gründe liegen auf der Hand. Zu den oben schon genannten kommen noch gestiegene Kreditzinsen hinzu, was schon jetzt zu einer deutlich gesunkenen Nachfrage bei Baukrediten geführt hat. Und der nächste Zinsschritt ist schon angekündigt, um die Inflation zu bremsen. Umso misslicher finden wir es, dass die UWG quasi durch die Hintertüre das Süthfeld wieder ins Spiel bringen will und da hilft in diesem Fall auch kein ökologisches Mäntelchen um das Baugebiet. Was wir bräuchten wäre preiswerter Wohnraum, der sich aber privatwirtschaftlich anscheinend nur schwer darstellen lässt. Dieser Punkt sollte aber im zweiten Workshop eine Rolle spielen. Wir sehen bekanntermaßen keinen Bedarf an einem weiteren, großen Baugebiet. Aber ich muss hier doch nochmals klarstellen, dass es keinen zwingenden Zusammenhang zwischen Neubaugebieten und Zuzug, vor allem von jungen Familien gibt, wie immer wieder behauptet wird. Entsprechende Beispiele fallen mir auf Anhieb einige ein. Auch der Behauptung, in Werther werde nicht gebaut, möchte ich deutlich widersprechen. Da wir dies schon mehrfach getan haben, erspare ich uns hier die erneute Aufzählung. Hinzu kommen die anstehenden Projekte Schlingweg, Enger Straße und nicht zuletzt der Blotenberg. Wohneinheiten für mehrere hundert Personen und das, bei einer bestenfalls stagnierenden Bevölkerungszahl. Aber zum Hoch- gehört auch der Tiefbau. Hier zeichnet sich einiges ab. Lange schon diskutieren wir über den Zustand unseres Wasserleitungsnetzes. Allen, die schon länger dabei sind wussten, dass dies eine Mammutaufgabe wird. Nun haben wir aber eine Priorisierung und einen Fahrplan für die notwendige Sanierung. Wie notwendig das ist haben wir in den kalten Nächten der vergangenen Woche und den dadurch verursachten Wasserrohrbrüchen gesehen.

Auch die anderen Großprojekte der Stadt, die Kläranlage und das Feuerwehrgerätehaus nehmen Fahrt auf. Gut, dass wir hier schon so weit fortgeschritten sind.

Ein weiteres Projekt wird die Umsetzung des ISEK sein und hier insbesondere die Umgestaltung des Alten Marktes. Wir wünschen uns sehr, dass wir die Diskussion wieder mehr versachlichen. Deshalb werde ich an dieser Stelle nicht mehr dazu sagen und setze auf den geplanten Workshop.

Ein weiterer Punkt, der uns beschäftigen muss ist die Energieversorgung und die Energiesicherheit in unserer Stadt. Damit meinen wir sowohl die Versorgung mit Strom, als auch mit Wärme. Der Energieknappheit muss nun schneller und konsequenter begegnet werden und zwar mit erneuerbarer Energie, die möglichst dezentral erzeugt wird und ganz sicher nicht mit Atomenergie. Deutschland besitzt keine nennenswerten

Uranvorkommen und wissen sie, woher das Uran im bayrischen Kraftwerk Isar 2 stammt? Richtig, aus Russland. Von der Endlagerfrage einmal ganz abgesehen.

Wir haben zur Wärmeversorgung einen Antrag und damit zusammenhängend einen Antrag zur Steigerung der energetischen Sanierung im Bestand gestellt, die modifiziert in die Änderungsliste übernommen und beide mit Haushaltsmitteln hinterlegt wurden. Auf Wunsch der anderen Fraktionen soll die inhaltliche Auseinandersetzung im Fachausschuss erfolgen. Fakt ist, dass wir hier eine drastische Steigerung, sowohl im Bereich Energieerzeugung, als auch im Bereich Energieeinsparung erzielen müssen, um unsere Klimaziele auch nur annähernd zu erreichen.

Die Wissenschaft sagt – Zitat Prof. Fishediek, Leiter des Wuppertal-Instituts: „Die großen Transformationsstudien der letzten Jahre zeigen ein klares gemeinsames Bild: Wir hinken bei Energieversorgungssicherheit und Klimaschutz unseren eigenen Zielen weit hinterher. Der Energieverbrauch stagniert, der Ausbau der erneuerbaren Energien geht nicht schnell genug voran. Der Zeitdruck, mit dem wir jetzt umgehen müssen, erlaubt kein Zögern. ... Dabei kommt es auf die Kombination von Strategien an.“

Dazu ein frappierendes Beispiel: 19 000 Wohneinheiten à 100 m² im Passivhausstandard, die mit einer Wärmepumpe heizen, kann man jahresbilanziell mit einem Windrad versorgen. Bei Bauten nach EnEV 2007 brauchte man schon sechs Windräder. Für Altbauten mit Gaskessel wären achtzig Windräder notwendig. Diese Zahlen verdeutlichen nochmals, dass wir beides tun müssen, den Verbrauch durch Sanierung senken und bei der Erzeugung durch Erneuerbare zulegen. Hier kommen die Kommunen ins Spiel, denn die erneuerbaren Energien findet man vor allem hier, auf dem platten Land.

Vieles wäre noch zu sagen, viele Themen anzusprechen, über die wir teils seit Jahren reden, exemplarisch seien hier Radwege und Haller Straße, sowie WECO genannt. Das Problem: Wir finden aus den unterschiedlichsten Gründen kein Packende, aber wir bleiben dran.

Am Ende läuft es darauf hinaus, das Bund und Land den Kommunen in den vergangenen Jahren immer mehr Aufgaben zugeschanzt haben, ohne ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Übrigens egal welche Farben die Koalitionen hatten. So hilft uns auch das CIG, das die mit Corona in Verbindung stehenden Kosten isolieren soll und neuerdings – um ein „U“ erweitert – das CUIG, das die mit dem Krieg in der Ukraine in Verbindung stehenden Kosten isolieren soll, nicht weiter. Die Kommunen sollen sich schön rechnen, die Zeche sollen die Jungen später zahlen. Wie wäre es denn, wenn die kommunale Familie mal auskömmlich finanziert würde? Natur- und Artenschutz, Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie, Raum für Erneuerbare, Verkehrswende, all das und noch viel mehr, findet in den Kommunen statt. Hier muss das Geld ankommen.

Noch ein Letztes. Wir hätten uns in der Rede des Bürgermeisters bei der Einbringung des Haushaltes, klarere Aussagen zu den Themen Klima-, Natur- und Umweltschutz gewünscht und wünschen uns allen mehr Mut diese überlebenswichtigen Themen anzugehen, denn ohne diese kann kein „Wertherplan“ funktionieren. Seien sie versichert, wir werden auch weiterhin konstruktiv und kritisch mitarbeiten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.